

Stimmänner-Konferenz.

Bericht

über die 23. Sitzung der Stimmänner-Konferenz vom
21. Juli 1915.

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Anwesende: Die Vize-Bürgermeister Hierhammer, Hof
und Rain, ferner die Gem.-Räte: Steiner,
Schmid, Leitner, Dr. Schwarz-Hiller,
Dr. Hein, Dr. v. Dorn, David und
Skaret, Magistrats-Direktor Dr. Röchtern,
die Ober-Magistratsräte Dr. Dont, Dr. August
Mayer und Dr. Konstantin Mayer, die Magistrats-
Sekretäre Dr. Fastenbauer und Dr. Rüssel,
Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Koskopp,
Bau-Direktor Ing. Goldemund und Markt-
amts-Direktor Bauer.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung
und erteilt dem Gem.-Rat Skaret das Wort.

Gem.-Rat Skaret gibt seinem Bedauern Ausdruck, daß
es seiner Partei trotz aller Bemühungen nicht gelungen sei, daß
die Gemeinde ihre regelmäßige Tätigkeit wieder aufnehmen. Das
Rejultat der letzten gemeinsamen Besprechung in dieser Ange-
legenheit sei, daß das Budgetprovisorium auch weiterhin bestehen

bleibe. Er und seine Parteigenossen stünden auf dem Standpunkte,
daß für diese Art der Geschäftsführung kein Grund vorhanden
sei. Die Besürchtungen, daß es bei einer eventuellen öffentlichen
Gemeinderats-Sitzung zu Zusammenstößen der Parteien käme,
seien hinfällig und unzutreffend, hiezu sei die Zeit viel zu ernst.
Es mache den Eindruck, als ob der Herr Bürgermeister in den
Spuren des Minister-Präsidenten wandle. Mit dem Proteste
gegen diesen Vorgang richte er nochmals an den Herrn
Bürgermeister die dringende Bitte, von dem eingeschlagenen
Wege abzugehen und dem Gemeinderate seine regelmäßige
Tätigkeit wiederzugeben.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt, daß er namens seines Ver-
bandes einen schriftlichen Protest gegen das vom Stadtrate be-
willigte dreimonatliche Budgetprovisorium überreicht habe. Dieser
Vorgang widerspräche dem Statute; dadurch, daß für diese Be-
schlüsse die Genehmigung der Regierung eingeholt worden sei,
sei das Recht des Gemeinderates, sein Budget im eigenen
Wirkungskreise zu regeln, preisgegeben worden. Darauf habe die
Regierung keinen Einfluß. Die Einholung einer Genehmigung
sei weder im Sinne des Statutes, noch im Sinne der Gemeinde-
autonomie. Die Besorgnis, daß es in einer Gemeinderats-
Sitzung zu Entgleisungen führen könnte, sei ungerechtfertigt. Er
erkläre namens seines Verbandes, daß er die Beschlüsse über
das Budgetprovisorium für ungültig halte und auf der Ein-
berufung des Gemeinderates beharre.

Gem.-Rat Steiner erklärt, daß sich der Herr Bürger-
meister alle Mühe gegeben habe, um ein Einvernehmen der
Parteien zu erzielen, leider seien jedoch von der Opposition
Forderungen gestellt worden, die den Schluß zulassen, daß es
in einer öffentlichen Sitzung zu einem Zusammenstoße der
Parteiengegenstände kommen müsse. Den von der Regierung ge-